



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 16. Oktober 2008 (24.10)
(OR. en, lv)**

14385/08

COPEN 191

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Normund Popens, Ständiger Vertreter der Republik Lettland bei der Europäischen Union
Empfänger:	Generalsekretariat des Rates
<u>Betr.:</u>	Rahmenbeschluss 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen - Mitteilungsschreiben

Die Delegationen erhalten anbei ein Mitteilungsschreiben der Republik Lettland.

Brüssel, den 8. September 2008
Br. 2.3.6.-2760

An

Herrn Hans Nilsson

Leiter des Referats Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Referat 2B)
Direktion 2 - Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und in Strafsachen
Generaldirektion H - Justiz und Inneres
Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union

B-1048 Brüssel, Belgien

Betr.: *Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 in nationales Recht*

Sehr geehrter Herr Nilsson,

gemäß Artikel 20 Absatz 5 des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen (im Folgenden: "der Rahmenbeschluss") teilt Lettland mit, dass es den Rahmenbeschluss mit dem Gesetz über Änderungen an der Strafprozessordnung, das am 29. Juli 2008 in Kraft getreten ist, in nationales Recht umgesetzt hat.

Gemäß Artikel 2 des Rahmenbeschlusses möchten wir Ihnen mitteilen, dass Lettlands "zuständige Behörde des Vollstreckungsstaats" das Stadtgericht (Kreisgericht) ist, während die "zuständige Behörde des Entscheidungsstaats" das Gericht oder die Staatsanwaltschaft ist. Die zentrale Behörde ist das Ministerium für Justiz der Republik Lettland.

Lettland erklärt unter Bezugnahme auf Artikel 16 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses, dass die in Artikel 4 des Rahmenbeschlusses vorgesehenen Unterlagen in lettischer und in englischer Sprache akzeptiert werden.

Anlagen: (1) Mitteilungsschreiben Lettlands und Erklärung (1 Seite)

Mit freundlichen Grüßen

Normunds Popenis
Ständiger Vertreter

**Mitteilungsschreiben und Erklärung Lettlands betreffend den
Rahmenbeschluss des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der
gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen
(2005/214/JI)**

Rahmenbeschluss - Artikel 2:

zuständige Behörde des Vollstreckungsstaats: Stadtgericht (Kreisgericht)

zuständige Behörde des Entscheidungsstaats: Gericht oder Staatsanwaltschaft

zentrale Behörde:

Tieslietu ministrija (Ministerium für Justiz)
Brīvības bulv. 36 - Riga
LV-1536
Latvia

tel.: +371 67036801

+37167036716

fax: +3716720823

e-mail: tm.kanceleja@tm.gov.lv

Rahmenbeschluss - Artikel 16 Absatz 1:

Lettland akzeptiert Vermögensabschöpfungsentscheidungen und Unterlagen, die in lettischer oder in englischer Sprache abgefasst sind.